

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

1. Welche Rolle messen Sie der politischen und sozialen Partizipation von POC und dem damit verbundenen Abbau institutionellen Rassismus und ethnischer Diskriminierung zu?

Die Teilhabe aller Menschen an der wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Entwicklung ist das Ziel sozialdemokratischer Politik. Die Berliner SPD will Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens geben und gleichzeitig jede Benachteiligung und Bevorzugung ausschließen. Chancengerechtigkeit und die Möglichkeit für alle, sich mit seinen Potenzialen einbringen zu können, ist aus unserer Sicht eine Voraussetzung für eine friedliche und gerechte Weiterentwicklung der Stadt. Der SPD-geführte Senat hat insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt vielfältige Initiativen ergriffen, um die soziale Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Soziale Integration steht für uns im Vordergrund. Jeder, der Unterstützung braucht, soll sie erhalten. Wir wollen auch die Bürgerrechte von Migrantinnen und Migranten stärken. Die SPD unterstützt die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger. Wir haben dafür gesorgt, dass alle Berlinerinnen und Berliner zu Seniorenvertretungen wählen können. Angesichts der bislang unzureichenden rechtlichen Beteiligungsmöglichkeiten hat der SPD-geführte Senat 2010 der Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz beschlossen. Zum Abbau von Diskriminierung hat der Senat eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet und einen Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung beschlossen.

2. Welcher finanziellen Basis bedarf Ihrer Ansicht nach die effektive Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung?

Selbstverständlich bedarf es aus Sicht der Berliner SPD einer ausreichenden finanziellen Basis zur Umsetzung des Landesaktionsplans. Über den Landeshaushalt entscheidet das Parlament.

Bildung

3. Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, der gegebenen Segregation bei der Zusammensetzung von Schulklassen entgegenzusteuern?

Ziel unserer Bildungspolitik ist es, jedem Berliner Kind die gleichen guten Bildungschancen zu geben. Dazu brauchen wir Schulen, die jedes Kind individuell und bedarfsgerecht fördern. Besonders die Förderung von Kindern aus bildungsfernen Familien und Migrantenfamilien ist ein Schwerpunkt unserer Politik. Mit der grundlegenden Änderung der Berliner Schulstruktur werden bestehende Benachteiligungen abgebaut. Wir wollen den Reformen Zeit

geben, ihre Wirkung zu entfalten. Wir werden aber weiter in die Qualität der Bildungseinrichtungen investieren und wo nötig zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Auf die Qualität der Sprachförderung werden wir ein besonderes Augenmerk richten. Wir richten spezielle Familienzentren ein, die koordinierte Beratung und Unterstützung für Familien anbieten.

4. Welche Bedeutung messen Sie der Kolonial- und Migrationsgeschichte Deutschlands in Lehrplänen zu? Ist diese Ihrer Ansicht nach in den bisherigen Lehrplänen ausreichend berücksichtigt?

Die SPD hat bereits vielfältige Initiativen ergriffen, damit die Berliner Schulen den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft gerecht werden. Dabei rücken auch Fragen der Migrationsgeschichte und der Einbeziehung vielfältiger kollektiver Erinnerungen verstärkt in den Fokus. Der Rahmenlehrplan berücksichtigt aus unserer Sicht diese Anforderungen ausreichend.

Gesundheit

5. Welche zusätzlichen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen müssten Ihrer Ansicht nach geschaffen werden, um eine umfassende, auch präventive gesundheitliche Versorgung von People of Color zu gewährleisten?

Die SPD will alle öffentlichen Angebote und Dienstleistungen auf die Bedürfnisse auch von Migrantinnen und Migranten umstellen. Das gilt insbesondere für die gesundheitliche Versorgung. Wir setzen uns für die interkulturelle Öffnung aller Angebote des Gesundheitswesens ein. Die SPD wird das „Konzept der gesunden Orte“ umsetzen, das die Schaffung lokaler gesundheitsförderlicher Projekte vorsieht. Wir fördern weiterhin Freizeitangebote und Sport zur Prävention und ermutigen auch zur Selbsthilfe. Die SPD wird das „Aktionsprogramm Gesundheit“ auflegen, das das Niveau der Gesundheitsförderung in Berlin deutlich erhöhen wird. Gemeinsame Aktivitäten von Bezirks- und Senatsverwaltungen und wichtigen Trägern des Gesundheitswesens sowie Anbietern von Maßnahmen der Primärprävention sollen dadurch gebündelt werden. In einem gemeinsamen Fonds sollen die heute schon verwendeten Mittel für Selbsthilfe, Gesundheitsförderung und Prävention zusammengeführt und erhöht werden.

Wir werden einen Berliner „Stadtplan Gesundheitsförderung“ erstellen, der alle Träger und Orte, Programme und Projekte erfasst. Wir schichten die bereits bestehenden Angebote um und erreichen so eine maximale flächendeckende Versorgung für alle Bevölkerungsgruppen. Wir befürworten die Einrichtung integrierter Versorgungssysteme. Wir unterstützen Projekte der ambulanten medizinischen Versorgung, die das soziale Umfeld in die Therapie einbeziehen. Um bestehende Lücken im Versorgungsmanagement zu schließen, wollen wir die Pflegestützpunkte ausbauen. Berlin muss und wird die gute Arbeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes weiterentwickeln; außerdem bietet das neue Landeskrankenhausgesetz eine Vielzahl von Instrumentarien zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung.

Darüber hinaus wird die SPD für Menschen ohne Papiere den Zugang zur Gesundheitsversorgung erweitern.

6. Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, der rassistischen Diskriminierung in der Sen GUV, deren nachgeordneten Einrichtungen und im Öffentlichen Gesundheitsdienst entgegenzutreten? Wie gewichten Sie dabei die Rolle von Antidiskriminierungsbeauftragten, Beschwerdestellen und Fortbildungen?

Die Berliner SPD setzt sich aktiv und konsequent gegen Diskriminierungen ein. Der SPD-geführte Senat hat dafür gesorgt, dass eine zentrale Antidiskriminierungsstelle in Berlin aufgebaut wurde. In den letzten fünf Jahren hat sich die Landesstelle zu einer zentralen Schaltstelle der Antidiskriminierungsarbeit in Berlin entwickelt. Gleichzeitig ist die Landesstelle erste Anlaufstelle für Menschen, die sich diskriminiert fühlen. Die Berliner Verwaltung trägt eine doppelte Verantwortung: Sie muss den Diskriminierungsschutz voranbringen und in der Verwaltungsarbeit nichtdiskriminierend handeln. Anfang Juli 2011 wurde ein im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle erarbeiteter Entwurf eines Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes veröffentlicht. Die Berliner SPD wird sorgfältig prüfen, ob mit diesem Entwurf das richtige Instrument zur Verbesserung des Diskriminierungsschutzes vorliegt.

Es bleibt ein wichtiges Ziel der Berliner SPD, strukturelle Diskriminierungen abzubauen und eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt zu fördern. Dazu wollen wir u.a. die Selbsthilfe- und Beratungsinfrastruktur bedarfsgerecht und netzwerkorientiert weiterentwickeln. Wir werden die Datenlage über Diskriminierungsfälle in Berlin verbessern und präventive Maßnahmen fördern.

Grundsätzlich ist die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein wichtiges Ziel der SPD. Die öffentlichen Einrichtungen müssen sich öffnen gegenüber einer Kundschaft, die sich kulturell, sprachlich und religiös zunehmend differenziert. Interkulturelle Öffnung hat den chancengleichen Zugang von Migrantinnen und Migranten zu Behörden, Diensten und Einrichtungen und eine gleichwertige Versorgungsqualität zum Ziel. Um die gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung insbesondere in der Berliner Verwaltung zu erreichen, hat die Koalition im Abgeordnetenhaus das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz beschlossen. Das Gesetz regelt weitreichende Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe und interkulturellen Öffnung öffentlicher Einrichtungen. Die Überprüfung der Zielerreichung erfolgt über ein einheitliches Benchmarking. Zudem wird in der regelmäßigen Berichterstattung über die Personalentwicklung die Entwicklung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgewiesen. Außerdem verpflichtet das Gesetz den Senat dazu, dem Abgeordnetenhaus erstmals zum 31.12.2011, dann alle zwei Jahre über die Umsetzung der Ziele des Gesetzes zu berichten.

Der Senat hat im März 2011 den Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung beschlossen, dessen Ziel es unter anderem ist, neue Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung zu entwickeln und umzusetzen.

Soziales

7. Wie lässt sich Ihrer Ansicht nach sicherstellen, dass mangelnde Deutschsprachenkenntnisse bzw. andere kulturellrelevante Faktoren nicht irrtümlicherweise zur Feststellung oder Aberkennung einer Beeinträchtigung führen?

Siehe die Antwort zu Frage 6. Um sprachliche Barrieren zu überwinden und die Kommunikation zu erleichtern, steht zudem der Gemeindedolmetschdienst zur Verfügung.

Polizei

8. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Ansicht nach ergriffen werden, um die von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) beklagte rassistische Praxis des »racial profiling« zu unterbinden?

Polizistinnen und Polizisten führen aufgrund bestimmter Erfahrungen Kontrollen durch. Dahinter steht kein Rassismus.

9. Welche zusätzlichen Vorkehrungen müssten Ihrer Ansicht nach getroffen werden, um gemäß Art. 13 der Antifolterkonvention (CAT) unabhängige Beschwerdemöglichkeiten für Opfer rassistischer Polizeigewalt zu gewährleisten und eine Ahndung der Vorfälle zu garantieren?

Wir halten die bestehende Beschwerdeinfrastruktur für ausreichend und glauben, dass für die Polizei keine spezielle Beschwerdeeinrichtung geschaffen werden muss. Die Praxis der letzten zehn Jahre zeigt, dass Vorwürfen gegen Berliner Polizistinnen und Polizisten konsequent im Rahmen von Ermittlungsverfahren nachgegangen wird.

Ausländerbehörde

10. Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sind Ihrer Ansicht nach gegeben, um das Recht auf Verständigung, die Kund_innenorientierung und die interkulturellen Kompetenzen in Ausländerbehörden zu stärken?

Die Berliner SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass sich die Ausländerbehörde in vielen Bereichen zur Servicebehörde für Zuwandernde entwickelt hat und weiter auf diesem Weg ist. Die Ausländerbehörde fördert heute gezielt die interkulturelle Kompetenz ihrer Mitarbeiter, zum Beispiel wird der Erwerb von Sprachkenntnissen gefördert und bei Beförderungen honoriert. Unser Ziel ist es, die Ausländerbehörde weiter als Servicebehörde zu profilieren. Bereits heute diskutiert die Behörde ihr Handeln mit Vertreterinnen und Vertretern von Migrant*innenorganisationen. Diese Bereitschaft zum Dialog mit Interessenvertretungen von Flüchtlingen und Migrant*innen wollen wir verstärken und so nachhaltig zur Verbesserung des integrationspolitischen Klimas beitragen. Wir wollen die Serviceorientierung des ganzen Öffentlichen Dienstes nochmals deutlich erhöhen. Für Bürgerinnen und Bürger soll durch einheitliche Anlaufstellen, feste Ansprechpartner und den Ausbau der Bürgerämter die Zusammenarbeit mit Ämtern und Behörden erleichtert werden. Die Berliner Ausländerbehörde wollen wir in diese Organisationsentwicklung mit einbeziehen.

11. Welchen Bedarf sehen Sie zur Einrichtung einer zentralen, unabhängigen Beschwerde und Dokumentationsstelle für Beschwerden wegen Rassismus und ethnischer Diskriminierung in den Ausländerbehörden?

Die SPD tritt für modernes, serviceorientiertes Beschwerdemanagement auch in der Ausländerbehörde ein. Im zurückliegenden Prozess der Organisationsentwicklung wurde das Instrument der Kundenbefragung und der systematischen Auswertung der Reaktion der Kundinnen und Kunden eingeführt. Es ist zu prüfen, ob diese Maßnahmen ausreichen. Wir verstehen die Ausländerbehörde als lernende Organisation, die die Sichtweise der Migrantinnen und Migranten in ihre Entwicklung einbezieht.

Arbeit

12. Welche Position vertreten Sie gegenüber der Einführung von Quoten für POC entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung?

Die SPD kann keine Quoten für Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt festlegen. Die Berliner Verwaltung ist bereits durch das Partizipationsgesetz verpflichtet, die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung anzustreben. Arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir in eine Beschäftigung bringen, die ihnen eine qualifikationsgerechte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Dazu setzen wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik fort, die verschiedenen Qualifizierungsniveaus gerecht wird. Wir wollen zielgerechte Beratung und Unterstützung bei Existenzgründungen leisten und unterstützen das Modell der anonymisierten Bewerbungen, damit nicht Herkunft, sondern Qualifikation das einzige Einstellungskriterium ist. Zudem treten wir für die sofortige Umsetzung des Gesetzes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein.

13. Wie stehen Sie zur Durchführung einer weitreichenden Kampagne gegen die arbeitsmarktbezogene Diskriminierung von Frauen, die ein Kopftuch tragen?

Der Einsatz gegen Diskriminierung auch auf dem Arbeitsmarkt ist Aufgabe der Antidiskriminierungsstelle. Die SPD unterstützt diese Anstrengungen.

Justiz

14. Wie erklären Sie sich den überproportional großen Anteil von Gefängnisinsassen of Color? Welche Maßnahmen müssten Ihrer Ansicht nach getroffen werden, um der damit verbundenen Kriminalisierung von POC entgegenzusteuern?

Tatsächlich ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Gefängnissen überdurchschnittlich hoch. Zu den Hintergründen von Straftaten gehört häufig die schwierige soziale Lage der Täterinnen und Täter. Allerdings wird niemand wegen seiner Hautfarbe inhaftiert, sondern aufgrund einer begangenen Straftat.

15. Welche Möglichkeiten sind Ihrer Ansicht nach gegeben, die bestehenden Resozialisierungsmöglichkeiten für Inhaftierte of Color zur erweitern?

Aus unserer Sicht müssen die bestehenden Resozialisierungsangebote interkulturell geöffnet werden. Anknüpfend an unsere Gesetze zum Jugendstrafvollzug und zum Untersuchungshaftvollzug werden wir auch den Erwachsenenstrafvollzug im Sinne der Resozialisierung und des Schutzes der Bevölkerung gesetzlich neu regeln. Die SPD will eine grundsätzliche Stärkung aller Instrumente, die Resozialisierung fördern.

Stadtentwicklung

16. Ist die Förderung von sozial-ökologischen, transkulturellen Wohn- und Bauprojekten Ihrer Ansicht nach ein geeignetes Instrument, um der zunehmenden Segregation im sozialen Stadtraum zu begegnen?

Genossenschaften, Baugruppen und andere Wohnformen sind wichtig für eine nachhaltige Stadtgesellschaft. Wir unterstützen Genossenschaften und wollen die Gründung neuer Genossenschaften befördern. Wir wollen das gemeinschaftliche Wohnen für junge Familien und ältere Menschen gerade auch in einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten fördern.

Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts und seine Wiederherstellung da, wo er verloren gegangen ist, werden herausragende Ziele der SPD in den nächsten Jahren sein. Der Senat hat mit dem Quartiersmanagement und den darauf aufbauenden „Aktionsräumen Plus“ Instrumente der Intervention entwickelt, die durch Beteiligung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und die Bündelung staatlicher Angebote die Nachbarschaften, die Quartiere und Stadtteile stabilisieren. Wir fördern Stadtteilzentren als Orte gelebter Nachbarschaft. Diese Arbeit werden wir fortsetzen, um den sozialen Zusammenhalt auch in Zukunft zu sichern.

17. Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie zur Umbenennung rassistischer, kolonial-besetzter Straßennamen?

In Berlin leben etwa 860 000 Menschen mit Migrationshintergrund. Deren kulturellen Reichtum, diese Vielfalt der Kulturen gilt es, noch stärker zu fördern. Voraussetzung dafür ist eine Kultur der Anerkennung, um der Ausgrenzung von Minderheiten und der Bildung von Parallelgesellschaften entgegen zu wirken. Zur Erinnerungskultur der Hauptstadt gehört auch die Gestaltung eines postkolonialen Erinnerungsortes „Afrikanisches Viertel“. Nicht zuletzt aus dieser Verantwortung heraus bekennen wir uns zur Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik auf Landesebene.

Wirtschaft

18. Welche Maßnahmen müssten Ihrer Ansicht nach ergriffen werden, um der Diskriminierung beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen effektiv begegnen zu können?

Die SPD setzt sich für den diskriminierungsfreien Zugang zu Gütern und Dienstleistungen ein. Zu unserer Antidiskriminierungspolitik siehe Antwort 6. - 6 -

19. Sollten Ihrer Ansicht nach Institutionen (wie z.B. soziale Träger, Wohlfahrtsverbände, gGmbH, etc.) zu Diversity Management bzw. zu Positiven Maßnahmen verpflichtet werden, sofern sie öffentliche Gelder in Anspruch nehmen möchten?

Diese Möglichkeit werden wir prüfen.

Kultur und Medien

20. Welche Rolle messen Sie der Förderung des »Self-Empowerments« durch Kulturprojekte von POC bei? Wie kann diese Ihrer Ansicht nach gestärkt werden?

In den nächsten Jahren planen wir vielfältige Maßnahmen zur Förderung der projektorientierten Kreativwirtschaft. Davon sollen auch Kulturprojekte von Migrantinnen und Migranten profitieren: Wir wollen die Kreativwirtschaft intensiver in die Berliner Förderprogramme einbinden, brachliegende innerstädtische Immobilien sollen kreativwirtschaftlich erschlossen werden. Die SPD wird den Aufbau von Räumlichkeiten und Infrastruktur für kleine Selbstständige unterstützen. Wir wollen den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten, und wir wollen die existierenden Mikrokreditprogramme und Kreativfonds flexibler gestalten und ausbauen.

Die Berliner Kultureinrichtungen werden wir auffordern und ermutigen, kulturelle Vielfalt zu einem Schwerpunkt ihrer programmatischen Arbeit, ihrer Publikumsentwicklung und ihrer Personalpolitik zu machen. Um dies zu unterstützen, werden wir einen „Fonds für kulturelle Vielfalt“ schaffen.

21. Wie kann Ihrer Ansicht nach eine ausgewogene, antirassistische Berichterstattung im öffentlich geförderten Fernsehen, Radio und Internet gewährleistet werden?

Sollten strafrechtlich relevante Einzelfälle vorliegen, werden diese verfolgt. Aus unserer Sicht besteht hier kein darüber hinaus gehender Handlungsbedarf.